

W-3

Titel Wirtschaft in der Krise
Antragsteller*innen Jusos Bayern Landesvorstand
Adressat*innen

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wirtschaft in der Krise

- 1 Die deutsche Ökonomie hat im Zuge der Corona-Pandemie in den Krisenmodus geschaltet. Veranstaltungen
2 wurden abgesagt, Geschäfte, Restaurants, Bars und Hotels geschlossen, Betriebe stellten die Produktion ein.
3 Spätestens ab der Verkündung von Branchenschließungen war klar, dass das Coronavirus nicht nur das Ge-
4 sundheitssystem einem Stresstest unterziehen wird, sondern auch eine Belastungsprobe für die Volkswirt-
5 schaft darstellt. Entsprechend verunsichert sind Märkte, Unternehmen, Haushalte.
- 6 Gesamtwirtschaftlich wirkt die Coronapandemie wie ein Angebotsschock mit nachgelagertem Nachfrage-
7 schock. Dabei ist ein angebotsseitiger Schock dadurch charakterisiert, dass er den produzierten Output ver-
8 ändert, und ein Nachfrageschock dadurch, dass er die nachgefragte Gütermenge beeinflusst.
- 9 Durch die erzwungene Einstellung wirtschaftlicher Aktivität, etwa durch Branchenschließungen, Ausfall von
10 Zulieferbetrieben oder mangels Rentabilität, wurde die Gesamtwirtschaft angebotsseitig, das heißt auf der
11 Seite der Unternehmen, einer harten Belastung unterzogen. Auswirkungen dieses Angebotsschocks waren
12 nach kurzer Zeit zu spüren. Neben den unmittelbaren Folgen wie der Nichtverfügbarkeit von Kinderbetreu-
13 ung, Kunst und Kultur, Restaurants und Friseurbesuchen, ergaben sich auch zahlreiche Langfristeffekte nach
14 kurzer Zeit: Horden von Selbstständigen wurden in die Arbeitslosigkeit getrieben, Restaurants und Bars schlos-
15 sen dauerhaft, große Unternehmen wie die Lufthansa gerieten in Schieflage, Millionenverluste entstanden im
16 produzierenden Gewerbe durch den Ausfall von Lieferketten, Banken schienen plötzlich unsicher, weil ihre
17 Kredite an Unternehmen und Haushalte auszufallen drohten. Bereits jetzt ist klar, dass die Pandemie unsere
18 Wirtschaft nicht nur kurzfristig beeinflusst, sondern reale Konsequenzen für die Wirtschaftsstruktur langfristig
19 haben kann.
- 20 Nachfrageseitig treten verzögerte Effekte auf, die allerdings bereits heute zu spüren sind und sich gegebe-
21 nenfalls auch langfristig äußern werden. Neben einer Ansteckungsangst, die das Besuchen von Geschäften
22 durch Nachfrager kurzfristig hemmt und eine Verschiebung der Nachfrage hin zu alternativen Angeboten, et-
23 wa Online-Händlern, bedeutete, hemmte das Virus implizit auch die Kaufkraft der Haushalte. Ein Anstieg der
24 Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, weniger Neueinstellungen bedeuteten eine Kaufkraftabnahme der Haushalte und
25 damit auch weniger Konsum. Durch gestiegene Existenzangst, etwa infolge einer höheren Angst vor Arbeits-
26 platzverlust, wird Konsum in die Zukunft verschoben und gespart. Zudem verschärft die Pandemie infolge der
27 Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft die Abhängigkeit vom Krisenmanagement der importierenden
28 Staaten: So mag eine Eindämmung der Ausbreitung des Virus in Deutschland zwar wünschenswert sein, eine
29 ungezügelter Verbreitung in Ländern wie Frankreich, den USA, oder China kann langfristig allerdings ebenso
30 realwirtschaftliche Konsequenzen für exportierende deutsche Unternehmen haben.
- 31 Genannte angebotsseitige und nachfrageseitige Effekte legen Schwachstellen der Wirtschaftsstruktur offen:
32 Ein hastiges Ausschütten von Dividenden durch Unternehmen und die damit verbundene geringere Haltung
33 von Sicherheiten machen Unternehmen krisenanfällig und führen schneller zu kurzfristigen Liquiditätsaus-
34 fällen. Eine zu sehr am Export orientierte Wirtschaftsstruktur schafft unkontrollierbare Abhängigkeiten vom
35 Krisenmanagement im Ausland.
- 36 Fehlende Absicherungsmaßnahmen für Selbstständige führen zum Untergang diverser freier Tätigkeiten. Die

37 Unmöglichkeit, Mietzahlungen für Gewerbeimmobilien im Krisenfall auszusetzen treibt Geschäfte, Bars, Re-
38 staurants und Gewerbe in den Ruin. Mangelnde Einflussmaßnahmen des Staates verhindern eine rapide Um-
39 stellung der Wirtschaft hin zur Produktion von wesentlichen Gütern, etwa Masken, Medikamenten, Schutzklei-
40 dung oder medizinischen Gütern. Zu geringer Arbeitnehmer*innenschutz führt strukturell zu hoher Arbeitslo-
41 sigkeit unter ehemaligen Geringverdiener*innen und Leiharbeiter*innen, mangelnder Ausbildungszwang zum
42 Abbau von Ausbildungsplätzen. Dies alles gilt es langfristig zu korrigieren.

43 Im Folgenden unterscheiden wir zwischen kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und
44 Konsum, und langfristigen Maßnahmen, die die deutsche Ökonomie künftig weniger krisenanfällig ma-
45 chen.

46 Kurzfristige Konjunkturmaßnahmen

47 Die Bundesregierung hat verstanden, dass auf die Corona-Pandemie mit einem angemessenen Hilfspaket
48 schnell reagiert werden muss. Sie beschloss zunächst ein Hilfspaket, dem folgte ein Konjunkturpaket.

49 Die staatliche Absicherung von krisenbedingten Risiken über einen Schutzschirm hat oberste Priorität im un-
50 mittelbaren Krisenmanagement, da sie Kosten solcher Krisen erheblich senken kann. Private Haushalte profi-
51 tieren unmittelbar durch Risikoabsicherung, etwa durch Sozialleistungen wie Kurzarbeiter*innengeld. Unter-
52 nehmen werden durch Schutzschirme vor der Insolvenz bewahrt. Beide Seiten sind von erheblicher Bedeutung
53 in der Eindämmung einer Wirtschaftskrise, da sie die Ausbreitung von Krisenfolgen hemmen und damit den
54 Absturz der Ökonomie und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Haushalte abfedern.

55 Das Hilfspaket setzte mit der Ausweitung des Kurzarbeiter*innengelds, mit einem Hilfsprogramm für Selbst-
56 ständige sowie mit umfassenden Unternehmenshilfen sicherlich richtige Akzente, auch wenn umfassendere
57 Unterstützungsmaßnahmen gerade im Bereich des Kurzarbeiter*innengelds durch Mindesthöhe, des Arbeits-
58 losengelds sowie im Umgang mit den Anträgen auf ALG-Bezug wünschenswert gewesen wären. Allerdings ist
59 ein Schutzschirm immer erst der erste Schritt in der Bewältigung einer Krise und darf als Anfang einer wirt-
60 schaftspolitischen Antwort auf die Coronakrise verstanden werden. Er federt Einkommensverluste ab und
61 verhindert so die selbstverstärkenden Effekte von Krisen. Und er hält Unternehmenspleiten auf, die ansons-
62 ten in der Fläche noch verheerende Wirkungen gehabt hätten. Allerdings ist ein Schutzschirm in aller Regel
63 nicht ausreichend, um eine Ökonomie aus der Krise zu manövrieren. Er kann private Einkommensverluste
64 nicht vollständig kompensieren und Unternehmenspleiten nicht vollständig verhindern. Zudem kann er Ver-
65 unsicherung durch die Pandemie nicht vollständig aufheben, und auch Konsumverhaltensänderungen nicht
66 vollständig zurücknehmen. Er konnte aber den Absturz der Wirtschaft auffangen und einen harten Aufprall
67 verhindern, weshalb der Begriff Schutzschirm auch bildlich Sinn macht.

68 Ein Schutzschirm schafft aber keinen Auftrieb. Um eine Wirtschaft aus einer Krise zu manövrieren, braucht es
69 neben den Sofortmaßnahmen zusätzlichen Anschlag, der sich letztlich in einem Konjunkturpaket finden muss.
70 Klassische Keynesianer formulieren als Antwort auf Krisen ein Maßnahmenpaket, das auf die Steigerung der
71 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abzielt, wobei der Fokus auf dem privaten Konsum liegt. Haben Haushalte
72 mehr Kaufkraft, dann geben sie dieses aus und helfen somit unmittelbar der Wirtschaft. Zudem ist der private
73 Konsum die größte Komponente in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, jedoch nicht die einzige; öffentliche
74 und private Investitionen sind hier ebenso erheblich.

75 Zur Finanzierung eines Konjunkturpakets ebenso wie zur Deckung von Einnahmeausfällen infolge der Pande-
76 mie sollten zunächst Nettokredite durch den Bundeshaushalt aufgenommen werden. Ein gutes Konjunktur-
77 programm muss also durch eine expansive Finanzpolitik begleitet werden, damit es seine volle Wirkung ent-
78 falten kann. Sparmaßnahmen an anderen Stellen sowie Steuererhöhungen in Krisenzeiten bergen die Gefahr,
79 Konjunkturimpulse im Keim zu ersticken. Dies verdeutlicht, dass die Politik der schwarzen Null in Krisenzeiten
80 an ihre Grenzen stößt. Ein ausgeglichener Haushalt als Doktrin der Finanzpolitik mag in wirtschaftlich guten
81 Zeiten nicht stören, in Krisenzeiten hingegen hemmt ein solches Dogma die Reaktionsfähigkeit des Staates
82 und birgt die Gefahr, Effekte von Krisen mangels staatlicher Interventionsfähigkeit zu verstärken und Krisen
83 laufen zu lassen. Es ist nicht generationenungerecht, ein Krisenpaket auf Pump zu finanzieren, wenn die Maß-
84 nahmen Schäden von Wirtschaft und Gesellschaft abwenden. Stattdessen können zukünftige Generationen
85 von solchen Maßnahmen profitieren, etwa weil die Krise ohne staatliche Intervention deutlich teurer gewor-
86 den wäre, oder weil langfristige Wachstumseffekte solcher Pakete stark sind. Krisen sind Situationen, in denen
87 Neuverschuldung den Wohlstand künftiger Generationen verbessern kann.

88 In keynesianischer Manier setzt das staatliche Konjunkturpaket insbesondere auf Konsumanreize, etwa durch
89 die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer, durch Pauschalzahlungen an Familien, durch Erhöhung der Ent-
90 lastungsbeiträge für Alleinerziehende, durch Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge, durch Kaufprämien
91 für E-Autos.

92 Gleichzeitig werden angebotsseitig Ausbildungsstellen durch Ausbildungsprämien erhalten, Kulturstätten wer-
93 den mittels Hilfsprogramm gestützt, finanziell bedürftige Unternehmen werden durch Fixkostenzuschüsse
94 und Überbrückungshilfen entlastet. Abschreibungen werden erleichtert, Verlustrückträge ausgeweitet.

95 Städte und Gemeinden werden durch Übernahme von Kosten durch den Bund gestärkt, etwa bei der Un-
96 terbringung von Sozialleistungsbezieher*innen, Gewerbesteuerausfälle werden kompensiert. Der ÖPNV wird
97 bezuschusst.

98 Als Zukunftsinvestitionen des Bunds sind der Ausbau der E-Auto-Ladeinfrastruktur, das Investitionsprogramm
99 in Wasserstoff-Technologie, zusätzliche Investitionen im Bereich Digitalisierung und Infrastruktur zu verbu-
100 chen.

101 Zweifelsohne ist mittels Konjunkturpaket eine wirtschaftliche Stimulation plausibel. Zweifelsohne liegt der Fo-
102 kus des Konjunkturpakets auf keynesianischer Nachfrigestimulation. Und zweifelsohne werden Investitio-
103 nen in Zukunftstechnologien wie Wasserstoff auch ihre Spuren im Wirtschaftssystem hinterlassen, so sie denn
104 langfristig forciert werden. Allerdings finden im Rahmen des Konjunkturpakets auch zahlreiche Luftbuchungen
105 statt, bei denen ohnehin geplante Maßnahmen zu Konjunkturmaßnahmen umetikettiert werden.

106 Mit der Fokussierung auf kurzfristige Konsumanreize läuft die Bundesregierung jedoch auch Gefahr, lediglich
107 ein Strohfeuer zu entfachen und Chancen bei der Transformation der Wirtschaft liegen zu lassen. Bereits vor
108 Ausbruch des Coronavirus war es nahezu allen politischen Akteuren klar, dass das deutsche Wirtschaftssystem
109 nachhaltiger werden muss, damit etwa Klimaziele erreicht werden und wir unsere Umwelt nicht unwiderruflich
110 zerstören. Krisen bringen immer disruptive Elemente mit sich, die eine Umgestaltung der Wirtschaft leichter
111 ermöglichen. In dieser Hinsicht war die Pandemie eine Chance: Wenn ohnehin Steuergeld in großem Umfang
112 ausgegeben wird, dann kann dieses nicht nur zur kurzfristigen wirtschaftlichen Stimulation genutzt werden,
113 sondern auch eine Lenkungswirkung bei Konsum sowie eine transformatorische Wirkung auf die Wirtschaft
114 haben. Wenn wir bereits viel Geld ausgeben, warum dann nicht für den Umbau hin zu einer klimaneutralen
115 Wirtschaft, für eine reale Verkehrswende, für Bildung, für öffentliche Infrastruktur?

116 Mittelfristig mit einem Innovationspaket aus der Krise kommen

117 Der Umfang an Investitionsmaßnahmen, die einen konkreten Einfluss auf die Transformation einer Ökonomie
118 haben können, ist im Konjunkturpaket mit 50 MRD EUR relativ gering. Jedoch spricht viel dafür, dass öffentli-
119 che Investitionsmaßnahmen sowohl konjunkturelle Impulse setzen können, als auch die Wirtschaft nachhaltiger
120 verändern.

121 Einerseits spricht empirische Evidenz für einen erheblichen konjunkturellen Impuls von öffentlichen Investiti-
122 onsausgaben gerade in Krisen. Ferner ist Deutschland hinsichtlich Bonität gut auf ein großes Ausgabenpaket
123 vorbereitet. Drittens sind Investitionen im Gegensatz zu Konsum werterhaltend. Viertens schaffen öffentliche
124 Investitionen sichere Aufträge für Unternehmen, die gerade in Krisenzeiten benötigt werden. Und fünftens
125 wird privater Konsum gegenwärtig weiterhin durch Restriktionen und Angst gehemmt, während öffentliche
126 Investitionen nahezu reibungsfrei umgesetzt werden können.

127 Bereits vor der Krise stand fest, dass sich die deutsche Volkswirtschaft nachhaltiger entwickeln muss, um die
128 Klimaziele zu erreichen und einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Für eine solche sozial-ökologische
129 Transformation braucht es eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur als notwendige Voraussetzung. Fer-
130 ner sind in Krisenzeiten die Opportunitätskosten einer solchen großen Transformation geringer. Beispielswei-
131 se werden in den nächsten Monaten zahlreiche Unternehmen nicht voll ausgelastet sein, sodass diese bspw.
132 ihre Anlagen auf umweltfreundlichere Technologien umrüsten können.

133 Eckpfeiler eines staatlichen Innovationspakets listen wir im Folgenden ohne Anspruch auf Vollständigkeit
134 auf

135 Umbau der Energiewirtschaft

136 Während aktuell die deutsche Volkswirtschaft in der Energieerzeugung wesentlich von fossilen Brennstoffen

137 abhängt, braucht eine nachhaltige Wirtschaft langfristig notwendigerweise Emissionsneutralität. Hierzu bedarf
138 es eines umfassenden Umbaus der Energiegewinnung.

139 Kernpunkt eines staatlichen Innovationspakets muss daher der Ausbau erneuerbarer Energien sein. Denk-
140 bar wäre etwa mittels massiver öffentlicher Investitionen einen staatlichen Energiekonzern aufzubauen, der
141 sich auf die Energieerzeugung aus regenerativen Energien spezialisiert. Mittels großer staatlicher Windparks,
142 insbesondere im Offshore-Bereich, einem Flächenausbau der Windkraftanlagen, Solarkraftwerken, sowie der
143 Schaffung von

144 Speichermöglichkeiten macht der Staat die Erreichung von Klimazielen nicht vom Gutdünken der Privatwirt-
145 schaft abhängig, sondern treibt die Energiewende selbst aktiv voran. Zusätzlich hat er mehr Gewalt über Strom-
146 preise. Vorbilder können skandinavische Staaten sein, in denen staatliche Akteure bereits heute bei der Ener-
147 giewende eine zentrale Rolle einnehmen.

148 Stärkung der Infrastruktur

149 Infrastrukturell weist Deutschland im internationalen Vergleich ein erhebliches Defizit auf:

150 Schlechte Bahnnetze, mangelnder ÖPNV, langsames Internet dienen hierbei als Beispiele. Ein Innovationspa-
151 ket muss zwingendermaßen die Infrastruktur Deutschlands verbessern, die maßgeblich ist für die Transformation
152 der Wirtschaft. Zentral sind hierbei der Ausbau des Bahnnetzes, wobei hier ebenso auf die bessere Taktung
153 und höhere Frequentierung von Ballungszentren wie auch auf eine bessere Anbindung und Verfügbarkeit im
154 ländlichen Raum zu achten ist. Ebenso wichtig ist der Ausbau öffentlicher und CO₂-sparsamer Verkehrsmittel
155 im städtischen Milieu, etwa durch den Aus- und Aufbau von U-, S-, und Trambahnen, durch bessere Busnetze
156 mit CO₂-neutralen bzw.

157 sparsamen Technologien. Für eine Transformation der Mobilität ist der Aufbau einer passungskonformen Lad-
158 einfrastruktur für E-Autos ebenso bedeutend wie ein Umbau des Güterverkehrs auf die Schiene sowie die For-
159 schung und Entwicklung neuer Antriebsmöglichkeiten für LKWs, respektive durch Strom oder Wasserstoff. Der
160 Ausbau digitaler Infrastruktur muss, gerade im Hinblick auf die Arbeit der Zukunft, so gestaltet werden, dass
161 sämtliche Haushalte mit schnellem Glasfasernetz versorgt werden können. Wärmeinfrastruktur in Städten,
162 etwa durch Gasnetze, Abwärme, etc. müssen ausgebaut werden, um Energie effizienter nutzbar zu machen
163 und CO₂-schonendere Alternativen zur Ölheizung anzubieten.

164 Aufbau eines öffentlichen Wohnungsmarkts

165 Während die Mieten in den Ballungszentren bereits vor einigen Jahren aus dem Ruder liefen und Metropolen
166 sich mittlerweile durch ein Verdrängen von Haushalten mit geringen bis mittleren Einkommen auszeichnen,
167 stieg in den vergangenen Jahren auch im ländlichen Raum teilweise die Miete erheblich an. Hinzu kommen
168 hohe Kosten für den Erwerb von Grundstücken, die den Neubau von Immobilien hemmen. Diese Entwicklung
169 wurde mit verursacht durch einen Rückzug des Staates vom Wohnungsbau, sodass verknappte Angebote an
170 Immobilien Preise rapide ansteigen ließen.

171 Eine Möglichkeit, dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist der Aufbau eines umfassenden, staatlichen Woh-
172 nungsmarkts. Städte wie Wien zeigen eindrucksvoll, wie heterogener Wohnungsmarkt, mit sozial durchmisch-
173 ten Quartieren anstelle von Reichtvierteln, funktionieren kann. Zwingend bedarf es hierfür eines aktiven
174 Staates, der in den Bau und den Erwerb von Wohnraum investiert.

175 Ein Innovationspaket, welches sich zum Ziel setzt, einen erheblichen Teil des Wohneigentums in staatlicher
176 Hand zu halten, kann sozial gerechtere Mieten durchsetzen und dem ungezügelter Privatmarkt Einhalt gebie-
177 ten.

178 Überführung von Schlüsselbranchen in staatliche Hand

179 Zahlreiche Fehlentwicklungen im Privatsektor werden in der Coronakrise offensichtlich: Ein durchprivatisiertes
180 Gesundheitssystem kommt mit Pandemien nur unzureichend klar.

181 Pflegeeinrichtungen funktionieren mangels Personal nur unzureichend. Kritische Infrastruktur, wie Energie-
182 versorger, Verkehrsunternehmen u.Ä. können bei Ausfall verheerende Schäden für die Gesamtwirtschaft und
183 die öffentliche Daseinsvorsorge bedeuten. Daher ist über eine Rückführung kritischer Infrastruktur in staatli-
184 che Hand nachzudenken.

185 Insbesondere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Infrastruktur wie Straßen, Netze und Energieversorgung,
186 Telekommunikation sowie große Verkehrsunternehmen u.Ä. stellen zwingend notwendige Dienstleistungen
187 bereit, deren Ausfall sich eine Ökonomie nicht leisten kann. Werden sie zu sehr auf die Ausschüttung von
188 Gewinnen gedrängt, wie etwa im Kranken- und Pflegesektor, sowie auch im Falle der Lufthansa, so sind sie in
189 Krisen nicht robust und brechen zusammen.

190 Um einen solchen Zusammenbruch zu verhindern, sollten kritische Unternehmen und Branchen dem freien
191 Wettbewerb entzogen werden. Eine Überführung in staatlichen Besitz ist daher anzudenken. Dies gilt auch
192 für kritische Verkehrsunternehmen wie die Lufthansa, deren Transformation hin zu einem ökologischen Luft-
193 fahrriesen ohne staatliche Übernahme undenkbar scheint.

194 Investitionen in Bildung und Forschung

195 Schulen, Hochschulen und Universitäten haben im Verlauf der Pandemie verdeutlicht, dass sie mangels Per-
196 sonalausstattung nur unzureichend reagieren können. Im Homeschooling wurde ein zu geringer Betreuungs-
197 schlüssel ebenso deutlich wie bei der Unmöglichkeit, an Hochschulen große Präsenzprüfungen etwa durch
198 Seminararbeiten zu ersetzen. Grund hierfür ist eine unzureichende Finanzierung des öffentlichen Bildungs-
199 und Forschungssektors, der es entgegen zu wirken gilt.

200 Mit einem Innovationspaket für Schulen können diese auf bessere Betreuung eingestellt, Ganztags- und Ge-
201 samtschulsysteme etabliert werden. Gleichzeitig sollten sie technisch und infrastrukturell auf den Stand der
202 Zeit gebracht werden. Gleiches gilt für Hochschulen, an denen ebenso Personalknappheit wie auch technische
203 Überalterung vorherrschen. Denkbar wäre hier ein Maßnahmenpaket zur deutlichen Erhöhung der Zahl der
204 Lehrstühle und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, gepaart mit der Verbreiterung der Hochschullandschaft
205 im ländlichen Raum.

206 Langfristig die Wirtschaft umbauen

207 Neben den kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen aus der Krise muss auch überdacht werden, wie wir
208 künftig derart dramatische Abstürze der Wirtschaft verhindern können. Es zeigt sich, nicht nur im Rahmen der
209 Coronakrise, sondern auch in den Wirtschaftskrisen davor, dass der Kapitalismus in Zeiten extremer Ereignisse
210 nicht funktioniert, weil Gewinne kurzfristig abgeschöpft und Verluste langfristig vergesellschaftet werden. Ret-
211 tete der Staat in der Finanzkrise gestern noch Banken, so rettet er heute Luftfahrtunternehmen und morgen
212 vielleicht Bauunternehmen und Chemiekonzerne.

213 Gleichzeitig offenbart die Krise auch, dass der Kapitalismus geneigt ist, sie auf dem Rücken sozial schwächerer
214 Personen auszutragen. Personen in Minijobs und Leiharbeiter*innen sowie Menschen ohne Gewerkschafts-
215 bindung waren die vordergründig am stärksten betroffenen Gruppen im Sektor der Arbeiter*innen. Hier muss
216 ein reformistischer Ansatz anpacken und die Rechte der betroffenen Gruppen stärken.

217 Auch zeigt ein exportlastiges System in globalen Krisen seine Schwächen: So macht sich die Bundesrepublik
218 durch die Exportüberschüsse abhängig vom Krisenmanagement im Ausland, etwa den USA, China und Frank-
219 reich, und hat damit die Fäden der eigenen Wirtschaftsprosperität nicht länger in der Hand. Ein Abbau der Ex-
220 portabhängigkeit ist damit notwendiges Ziel langfristiger Wirtschaftspolitik. Weniger Exportüberschüsse und
221 mehr Binnenkonsum sind zwei Seiten derselben Medaille, und höhere Löhne sind das notwendige Mittel zum
222 Abbau dieser Abhängigkeiten.

223 Zuletzt stellt sich die Frage der staatlichen Refinanzierung. Während heute Schulden aufgenommen werden,
224 müssen langfristig ausgeglichene Haushalte erzielt werden, die refinanziert sein wollen. Insofern muss über
225 ein sozial gerechtes Steuer- und Abgabensystem nachgedacht werden.

226 Eckpfeiler dieser Langfristmaßnahmen skizzieren wir im Folgenden.

227 Hin zu Arbeiter*innenunternehmen

228 Während im Manchesterkapitalismus unternehmerische Risiken noch bei Einzelpersonen lagen, werden Ri-
229 siken heute immer stärker auf die Belegschaft abgewälzt. Schlechtere Arbeitnehmer*innenrechte führen zu
230 schnelleren Entlassungen in Krisenzeiten, Leiharbeit erleichtert flexible Belegschaftsführung. Damit schwindet
231 das unternehmerische Risiko auf Seiten der Kapitalist*innen, und wird übertragen auf die Gruppe der abhän-
232 gig Beschäftigten. Gleichzeitig werden geringe Risikorücklagen gebildet und Unternehmensgewinne, gerade
233 bei großen Unternehmen, rapide ausgeschüttet. Die Folge ist eine Orientierung am Profit heute, anstelle einer

234 Optimierung des Unternehmens auf die lange Sicht. Dies ist sowohl aus gesamtwirtschaftlicher Betrachtung,
235 als auch hinsichtlich des langfristigen Unternehmenserfolgs, suboptimal.

236 Dem ungezügelter Streben nach Gewinn heute muss von systemischer Seite Einhalt geboten werden, indem
237 kapitalistische Wirtschaftsmechanismen durchbrochen werden. Dabei macht es Sinn, Unternehmen dorthin
238 zu überführen, wo sie von verlässlicher Stelle und mit einem Interesse an langfristigen Erfolgen geführt wer-
239 den, nämlich in die Hand der Arbeiter*innen.

240 Entsprechend muss die Politik darauf hinarbeiten, dass Unternehmen langfristig in die Hände der Belegschaften
241 überführt werden, um sie nicht länger dem kurzfristigen Dogma der Gewinnausschüttung zu unterwerfen.
242 Nachhaltige Investitionen, ein sicherer Geschäftsplan sowie ausreichende Risikorückstellungen sichern den Erfolg
243 von Unternehmungen und sind mit einer kurzfristigen Gewinn doktrin nicht vereinbar.

244 Arbeiter*innenrechte stärken

245 Insbesondere durch die Agenda-Politik wurde die Macht der Arbeiter*innen gegenüber Unternehmen ge-
246 schwächt: Schwächere Absicherung durch geringfügige Beschäftigung führten zu leichteren Entlassungen,
247 ebenso wie die Deregulierung der Leiharbeit. Gleichzeitig führte die Etablierung von ALG2 und geringe Be-
248 zugsdauern von ALG1 defacto zu einer Absenkung der

249 Reservationslöhne für Arbeiter*innen und in der Konsequenz zu einer höheren Bereitschaft, schlechtere Jobs
250 zu akzeptieren. Dem folgte eine Unternehmenspolitik, die es möglich machte, Risiken auf die Arbeiter*innen
251 abzuwälzen. Gerade in Krisenzeiten führt eine solche Politik zur Spaltung der Beschäftigten und zu einer Über-
252 belastung von sozial Schwächeren.

253 Politisches Ziel muss es daher sein, die Arbeiter*innenseite zu stärken. Etwa durch höhere Mindestlöhne, re-
254 spektive größer 14 EUR pro Stunde um armutsfest zu sein, Abschaffung von Minijobs, Re-regulierung von Leih-
255 arbeit, Stärkung der Gewerkschaften etwa durch Flächentarifverträge, und mehr betriebliche Mitbestimmung.
256 So können letztlich auch höhere Löhne durchgesetzt werden, die Binnenkonsum ankurbeln und Exportabhän-
257 gigkeiten reduzieren.

258 Exportabhängigkeit reduzieren

259 Hohe Außenhandelsüberschüsse bedeuten, dass mehr Güter exportiert werden, als sie importiert werden.
260 Dauerhaft bedeutet dies, dass sich die Masse an beschäftigten Menschen in einer Volkswirtschaft die eigenen
261 Güter (oder deren Substitut in Zahlungsmitteln) nicht leisten kann.

262 Die Exportstärke Deutschlands kann auch als Binnenkonsumschwäche interpretiert werden: Das Ausland
263 kauft die Güter, weil sie am heimischen Markt nicht bezahlt werden können.

264 Eine solche Exportabhängigkeit ist langfristig problematisch. Einerseits, weil sie immer mehr hypothetische
265 Forderungen ins Ausland aufbaut, die nicht bedient werden können. Andererseits, weil Arbeiter*innen deut-
266 lich mehr Wert produzieren, als sie letztlich kaufen können, und Nettoinvestitionen durch Unternehmen aus-
267 bleiben.

268 Um die Exportabhängigkeit abzubauen muss im Wesentlichen der heimische Binnenkonsum gestärkt werden.
269 Dies wird einerseits erreicht über eine Verschiebung der Primärverteilung hin zu höheren Löhnen, und ande-
270 rerseits durch ein Verändern der Sekundärverteilung hin zu einer geringeren Belastung geringer und mittlerer
271 Einkommen (vgl. unten).

272 Steuersystem umbauen

273 Die Politik der letzten Jahrzehnte reformierte schleichend unser Steuersystem:

274 Unternehmensbesteuerung, etwa die Körperschaftssteuer, wie auch Steuern auf Kapital, etwa die Abgeltungs-
275 steuer, wurden sukzessive so gestaltet, dass Unternehmen und Kapital weniger Anteil am Gesamtsteuerauf-
276 kommen haben. Gleichzeitig tragen Konsumsteuern wie die Mehrwertsteuer sowie Lohnsteuern einen erheb-
277 lich höheren Anteil zum Steueraufkommen bei. Entsprechend verschob sich die Steuerlast weg von Unterneh-
278 men und Kapitalist*innen hin zu den Privathaushalten, also insbesondere hin zu Arbeiter*innen.

279 Diesen Trend gedenken wir mit einer umfassenden Steuerreform umzukehren.

280 Eine sozial gerechtere Einkommenssteuer umfasst höhere Freibeträge, um geringe Einkommen zu schonen,
281 und steigt anschließend stärker an und auf ein höheres Niveau, um größere Einkommen stärker zu belasten.
282 Wir forcieren ein Einkommenssteuersystem, bei dem Freibeträge in Höhe von 60% des Medianeinkommens
283 eingeräumt werden. Ab diesem Einkommen beginnt die Steuer mit einem Eingangssteuersatz von 25%. Der
284 Spitzensteuersatz wird beim Doppelten des Medianeinkommens erreicht und liegt bei 60%. Damit entlasten
285 wir Einkommen unterhalb von 72.000 EUR p.a. und belasten Einkommen darüber.

286 Zudem wollen wir Kapital stärker besteuern, indem wir die Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden abschaf-
287 fen und entsprechende Einkommen mit dem individuellen Grenzsteuersatz besteuern.

288 Die Körperschaftssteuer wollen wir deutlich anheben, auf ein Niveau jenseits von 25%, etwa bei 30%, um Un-
289 ternehmen stärker an der Finanzierung der Staatsausgaben teilhaben zu lassen.

290 Mittels einer Finanztransaktionssteuer wollen wir Spekulationen an der Börse eindämmen. Wir forcieren eine
291 Finanztransaktionssteuer im Umfang von 0,1% auf Transaktionen von Aktien, Anleihen, und nicht derivative
292 Finanzprodukte. Derivate sollen mit 0,01% besteuert werden.

293 Zum Zweck der Umverteilung etablieren wir eine Vermögenssteuer mittels Freibetrag im Umfang von 360.000
294 EUR. Ab diesem Einkommen steigt die Vermögenssteuer mit Eingangssteuersatz 0,2% linear an auf 1% bei
295 1.000.000 EUR. Weiterhin steigt die Vermögenssteuer linear an auf 2,5% bei 5.000.000 EUR. Selbstgenutztes
296 Wohneigentum wird nicht mit einbezogen.

297 Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) wollen wir umfassender reformieren, als dies bisher bei der temporären
298 Senkung der Fall ist. Wir intendieren eine Unterscheidung zwischen Gütern des Grundbedarfs, Alltagsgütern,
299 und Luxusgütern. Erstere werden nicht besteuert, zweitere pauschal mit 5%, Luxusgüter mit 20%.

300 Hinsichtlich der Erbschaftssteuer wollen wir Freibeträge im je nach Verwandtschaftsgrads festlegen. Diese
301 liegen beim einfachen Des Medianjahreseinkommens für nicht verwandte Personenn, beim Dreifachen für
302 entferntere Verwandte und beim Fünffachen des Medianeinkommens für nahe Verwandte. Oberhalb der Frei-
303 beträge soll Erbe mit dem individuellen Einkommenssteuertarif besteuert werden. Dabei soll die Steuerschuld
304 über zehn Jahre geglättet werden können. Für das Vererben von Firmen sind Sonderregeln notwendig.

Antragsteller*innen

Jusos Bayern Landesvorstand

E-Mail: maximilian.janicher@sdp.de

Telefon: